

Frau Bundesministerin
Katherina Reiche
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

21. August 2026

Liebe Frau Bundesministerin, liebe Katherina Reiche,

Deutschland hat sich ambitionierte Ziele für den Ausbau der Offshore-Windenergie gesetzt. Politik, Industrie und Investoren haben in den vergangenen Jahren ein starkes Fundament für eine zukunftsfähige Offshore-Wirtschaft gelegt. Es wurden Milliarden investiert, Produktionskapazitäten aufgebaut und hochwertige Industriearbeitsplätze geschaffen.

Als Entwickler, Technologielieferanten und Betreiber vertreten wir unterschiedliche Teile derselben Wertschöpfungskette. Unser gemeinsamer Befund lautet: Der Offshore-Ausbau bleibt zunehmend hinter den Ambitionen zurück. Projekte geraten unter wirtschaftlichen Druck, die industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland sieht sich wachsenden Unsicherheiten gegenüber und ein Fadenriss beim Offshore-Ausbau droht.

Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, stehen nicht nur einzelne Projekte auf dem Spiel. Es droht Arbeitsplatzabbau, der Verlust industrieller Kapazitäten und ein Verfehlen der Ausbauziele. Dabei brauchen insbesondere zukünftige Projekte deutlich verbesserte Ausschreibungsbedingungen, um investierbar zu sein. Die Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) bietet hier die Chance, notwendige Impulse zu setzen. Der Referentenentwurf enthält wichtige Ansätze, bleibt jedoch in zentralen Punkten hinter den Erfordernissen der aktuellen Marktlage zurück.

- Erstens: Investitionssicherheit muss zum Leitprinzip der Novelle werden. Zwingend erforderlich sind hierzu Contracts for Difference (CfDs) in ausreichender Höhe sowie eine wirksame Indexierung. Damit wird die notwendige Grundlage für Investitionen und die Wirtschaftlichkeit von Offshore-Projekten gelegt.
- Zweitens: Das WindSeeG sollte eine verlässliche Perspektive für bereits vergebene Projekte schaffen, die sich an veränderte geopolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen müssen. Gleichzeitig ist mehr Transparenz über die tatsächliche Umsetzungswahrscheinlichkeit vergebener Flächen elementar – ebenso ein Mechanismus zur schnellen Neuvergabe, sollten Flächen zurückgegeben werden. Nur so können Ausbauziele, Industriearbeitsplätze und industrielle Kapazitäten gehalten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Offshore-Lieferkette nachhaltig gesichert werden.
- Drittens: Der Fokus muss von der Zieldiskussion auf die Projektrealisierung verlagert werden. Entscheidend ist, dass Projekte erfolgreich finanziert, genehmigt und gebaut werden. Dazu braucht es investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, insbesondere die Ausweitung der 35-jährigen Regellaufzeit auf bereits vergebene Projekte. Wirtschaftliche Risiken aus verzögerten Offshore-Netzanbindungen sind ein zusätzliches Investitionshemmnis aus Betreibersicht, das es zu minimieren gilt.

Die kommenden Monate entscheiden über die Erreichung unserer Offshore-Ausbauziele und den Erhalt unserer leistungsfähigen heimischen Offshore-Windindustrie. Liebe Frau Bundesministerin, gerne würden wir unsere Einschätzungen und Vorschläge kurzfristig mit Ihnen erörtern.

Mit herzlichen Grüßen

